

**Für eine liberale Bürgerstadt
ohne Schulden.**

FDP

Mut zur Generationengerechtigkeit!

Die Liberalen



Stadtrat Volker Beisel

Vorsitzender der FDP-Fraktion im Gemeinderat

Etatrede 2012/2013, gehalten vor dem Gemeinderat
der Stadt Mannheim am 22. November 2011

Inhaltsverzeichnis

Steuererhöhungen als Allheilmittel?	4
Grunderwerbsteuer	5
Reform der Gemeindefinanzen	7
Stadt der Häuptlinge – steigende Personalaufwendungen.....	8
Kinder und Bildung.....	10
Ausbau der Tagesbetreuungsplätze.....	10
Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen“	11
Bildungsbericht.....	12
Vielfalt statt Einheit: ein starkes Bildungssystem.....	13
Ganztagsschule und Hort.....	14
Bildungs- und Teilhabepaket.....	16
Wirtschaftsstandort Mannheim.....	17
Mannheim hat Zukunft: die Erfinder- und Gründerstadt.....	17
Existenzgründerzentren	18
Erfolgsgeschichte Jobcenter Mannheim.....	19
Die neue wirtschaftspolitische Strategie	19
Städtische Beteiligungen.....	22
Kultur mit Zukunft.....	24
Kulturhauptstadt	24
Kunsthalle und Reiss-Engelhorn-Museen	25
Nationaltheater	26
Freie Szene.....	26
Sportförderung in Mannheim.....	27
Konversion als Chance – mit Risiken	28
Stadtentwicklung: Investitionen in unsere Zukunft.....	29
Schlussbemerkungen.....	31
Stichwortverzeichnis	34

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor fast zwei Jahren haben wir einen Doppelhaushalt beraten, der geprägt war von den Auswirkungen der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem zweiten Weltkrieg.

Der Kämmerer rechnete uns vor, dass wir bis zum Jahr 2014 eine Finanzierungslücke von über 350 Millionen Euro verkraften müssen.

Heute, im November 2011, stellt sich die Situation für Mannheim glücklicherweise weniger dramatisch dar. Die heimische Wirtschaft zeigte sich in der Krise robust. Insgesamt steht Deutschland, nach einem starken Einbruch im Jahr 2009, wieder glänzend dar und ist unangefochten die treibende Wirtschaftsnation auf diesem Kontinent.

Auch in den nächsten Jahren soll unsere Wirtschaftskraft weiter wachsen – wenn auch weniger stark. Aus diesem Grund halten wir die Prognose der Kämmerei von einem Prozent Wirtschaftswachstum für realistisch.

Allerdings ist unsere Mannheimer Wirtschaft, wie auch die deutsche Wirtschaft insgesamt, überwiegend exportorientiert. Wir sind also wie kaum ein anderes Land von der weltweiten konjunkturellen Entwicklung abhängig.

Auch wenn die aktuelle Ausgangslage eine andere ist als vor zwei Jahren, sind auch diese Haushaltsberatungen geprägt von großer Verunsicherung über die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft.

Genährt wird diese Verunsicherung zweifellos von der Sorge um die Zukunft unserer gemeinsamen Währung. Die Diskussionen über die Staatsverschuldung südeuropäischer Staaten dominiert hierbei seit Monaten die Tagesordnung. Dabei offenbart die Misere der hohen Staatsverschuldung in Europa die unbequeme Wahrheit, dass kein Staat auf Dauer mehr ausgeben kann, als er einnimmt.

Auch die Stadt Mannheim lebt seit Jahrzehnten über ihren Verhältnissen. Der vorgelegte Entwurf für den Doppelhaushalt 2012/2013 kommt wieder nicht ohne neue Schulden

aus. Dabei haben wir in den letzten Jahrzehnten einen Gesamtschuldenberg von über 700 Millionen Euro angehäuft. In den nächsten vier Jahren werden die Schulden des bisherigen Kämmereihaushaltes kontinuierlich um voraussichtlich 50 Millionen Euro steigen. Hinzu kommt ein erheblicher Verzehr unserer Rücklagen.

Der Abbau der Schulden bei den so genannten kreditähnlichen Rechtsgeschäften kann über die zunehmende Verschuldung der Kämmerei nicht hinwegtäuschen, da dieser bilanzielle Schuldenabbau das Bild verzerrt. So läuft das Refinanzierungsdarlehen des Sparkassenverbands Ende 2017 aus. Kann die Sparkasse bis dahin ihre Kredite selbst tilgen, muss die Stadt für diese „Schulden“ nicht einstehen. Momentan sieht alles danach aus, dass die Stadt nicht für die Sparkasse einspringen muss. Die Verschuldung bei dem kreditähnlichen Rechtsgeschäft aus den Folgen der Sparkassenprobleme löst sich also – ohne unser Zutun – einfach in Luft auf, während wir für die neuen Kredite in Zukunft Zins und Tilgung schultern müssen. Formal mag das in der Hauptsatzung festgeschriebene Neuverschuldungsverbot zwar eingehalten sein, faktisch müssen wir am Ende der beiden Haushaltsjahre aber für 26 Millionen Euro mehr Zins und Tilgung bezahlen als heute!

Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen und einer historisch niedrigen Arbeitslosenquote von 6,1 Prozent in Mannheim, müssen wir unbedingt einen noch strikteren Kurs der Haushaltskonsolidierung beschreiten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Steuerschätzung, die für Bund, Länder und Kommunen durchweg leicht steigende Steuereinnahmen prognostiziert. Wir müssen endlich lernen, mit den uns zur Verfügung stehenden Geldern auszukommen und nicht ständig auf Pump zu leben.

Das vor zwei Jahren beschlossene Haushaltsstrukturprogramm war ein wichtiger Schritt zur Haushaltskonsolidierung. Insbesondere vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit. Um den jungen Menschen für die Zukunft Gestaltungsspielräume zu bewahren, ist es unsere Pflicht, an den definierten Einsparzielen festzuhalten. Statt in die Versuchung zu geraten, das Haushaltsstrukturprogramm aufzuweichen, müssen wir den Weg der Konsolidierung unseres Haushalts konsequent fortführen.

Die zentrale Lektion, die wir alle aus dem Griechenland-Desaster lernen sollten, ist, dass man bei immer steigenden Schulden jedweden Handlungsspielraum verliert! Nichts ist zukunftsfeindlicher, als erdrückende Schuldenlasten für unsere Kinder und Enkelkinder.

Das Schicksal zahlreicher Kommunen in Nordrhein-Westfalen sollte uns dabei Abschreckung genug sein. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut, jedoch nützt einem das Selbstverwaltungsrecht nichts, wenn man finanziell mit dem Rücken zur Wand steht und vom Regierungspräsidium zwangsverwaltet wird.

Glücklicherweise ist die Lage der Kommunen in Baden-Württemberg – zumindest bis jetzt – noch lange nicht so katastrophal wie in NRW. Die Idee, die Schulden der Kommunen zu vergemeinschaften und so genannte kommunale Entschuldungsfonds aufzulegen, lehnen wir ab. Was in NRW vielleicht ein rettender Strohhalm sein mag, kann für uns in Baden-Württemberg kein Vorbild sein. Schulden sind Schulden. Egal ob bei der Kommune oder beim Land.

Es muss endlich Schluss sein mit der Schuldenmacherei! Die Stadt Mannheim kommt mit dem vorgelegten Haushalt selbst in diesen unerwartet guten Zeiten – mit Rekord Steuereinnahmen, der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten und millionenschweren Entlastungen von Bund und Land – nicht mit ihren Einnahmen aus. Wir verbrauchen unsere bisherigen Rücklagen und benötigen immer wieder neue Kredite, um überhaupt über die Runden zu kommen. Wie wollen wir die nächste Krise meistern, wenn wir jetzt nicht ordentlich haushalten?

Steuererhöhungen als Allheilmittel?

Es ist ein bekannter und gängiger Reflex von Rot-Rot-Grün, zur Finanzierung der eigenen Wünsche die Steuern zu erhöhen oder neue Steuern zu erfinden. Ich darf in diesem Zusammenhang an Vorschläge zur Bettensteuer oder Waffensteuer erinnern. Lieber dreht man an der Steuerschraube, als die Ausgabenseite kritisch zu hinterfragen.

Vor zwei Jahren hat der Gemeinderat gegen die Stimmen der FDP die Grundsteuer kräftig erhöht. Auch im Vorfeld dieser Haushaltsberatungen wurde von der SPD laut über eine Erhöhung der Gewerbesteuer nachgedacht. Wir halten schon die Diskussion über

eine mögliche Gewerbesteuererhöhung für brandgefährlich. Allen Verantwortlichen muss bewusst sein, dass mit einer leichtfertig geforderten Steuererhöhung reale Arbeitsplätze in Mannheim gefährdet sind. Hier geht es nicht nur um die Besteuerung von Unternehmen, sondern unmittelbar um die Zukunft von zahlreichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Eine Gewerbesteuererhöhung ist eine massive Schädigung des Wirtschaftsstandorts Mannheim und Gift für die konjunkturelle Entwicklung und die Arbeitsplätze in der Stadt. Dabei haben wir gar nicht so viele große Gewerbesteuerzahler – der Kämmerer hat dies eindrucksvoll aufgezeigt – aber wir können sicher sein, dass diese Unternehmen im internationalen Wettbewerb stehen und auch firmenintern den „Standort Mannheim“ immer wieder gegen andere firmeninterne Standorte verteidigen müssen.

Sollte die rot-rot-grüne Mehrheit im Gemeinderat die Steuern erhöhen, müssen wir uns nicht wundern, wenn weitere Unternehmen in umliegende Gemeinden flüchten. Mannheim hat bereits den höchsten Hebesatz für die Gewerbesteuer in unserer Region. Da kann die neu ausgerichtete Wirtschaftsförderung noch so viele zusätzliche Mittel bekommen und sich noch so sehr um Unternehmen bemühen, jede Steuererhöhung setzt die Axt an die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Dann können wir uns eine Ausweitung des KREATECH-Programms oder neue Gründerzentren sparen.

Die Argumentation der Verwaltung bei der geplanten Erhöhung der Besteuerung für Spielautomaten ist fadenscheinig: Im Haushaltsplan werden fortlaufend Mehreinnahmen von rund einer Millionen Euro angesetzt. Von der Absicht, mit dieser Steuererhöhung die Spielsucht „einzudämmen“, wie es der Kämmerer ausgeführt hat, kann also keine Rede sein. Ansonsten würde ja eine „Steuerungswirkung“ einsetzen und die Einnahmen im Haushalt in Zukunft weniger werden. Genauso wenig finanzieren wir mit diesen Mehreinnahmen Projekte gegen die Spielsucht. Hier geht es schlicht und einfach ums Abkassieren. Daher lehnen wir die geplante Steuererhöhung ab.

Grunderwerbsteuer

Die vom Land beschlossene Erhöhung der Grunderwerbsteuer halten wir für falsch und zynisch, denn sie belastet genau die Personengruppe am meisten, die wir hier in

Mannheim besonders fördern möchten: junge Familien, die sich ihre eigenen vier Wände bauen oder Wohneigentum erwerben möchten.

Die Landesregierung will uns diese massive Steuererhöhung als „Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern“ verkaufen. Mittlerweile wird aber immer deutlicher, dass dieser „Pakt“ eine Mogelpackung ist und am Ende die Kommunen in Baden-Württemberg das Nachsehen haben.

Erst wird unter fadenscheinigen Argumenten auf Kosten der Bürger die Staatskasse gefüllt und dann hält die Landesregierung kaum das, was sie den Kommunen vollmundig versprochen hat. Allein die landesweite Umsetzung des Orientierungsplans mit einem integrierten Sprachförderprogramm für die Kindergärten würde doppelt so viel kosten, wie die Erhöhung der Grunderwerbsteuer einbringt. Es ist also viel heiße Luft im „Pakt für Familien mit Kindern“.

Zudem hat die grün-rote Landesregierung einen nicht unerheblichen Teil der erhofften Mehreinnahmen bereits für andere Projekte verteilt. Allein 25 Millionen Euro sollen in den sozialen Wohnungsbau fließen. Da bleibt am Ende nicht mehr viel übrig, um sich hier bei uns in Mannheim an den versprochenen Aufgaben substantziell zu beteiligen.

Die im Haushalt eingeplanten 12 Millionen Euro pro Jahr sind aus unserer Sicht zu hoch angesetzt. Es liegt aus Stuttgart immer noch kein Gesetzestext vor, so dass wir unsere Finanzen nicht seriös planen können. Es könnte am Ende wesentlich weniger werden, als die vom Kämmerer angesetzten 12 Millionen Euro.

Ab dem Jahr 2014 will sich das Land dann an den Betriebskosten für die Kleinkindbetreuung beteiligen. Auch hier bleiben noch viele Fragen offen. Welche Kosten werden als Betriebskosten anerkannt? Ab welchem Gesamtbetrag wird eine Beteiligung an den Betriebskosten gedeckelt? Der grün-rote Koalitionsvertrag hat große Hoffnungen bei den Kommunen geweckt, doch die Realität vor Ort ist zunehmend ernüchternd.

Ich darf Sie alle daran erinnern, dass noch vor der Sommerpause - hier in diesem Haus - laut getönt wurde, dass es das erste Mal sei, dass das Land wirklich „klotzt und nicht kleckert“ bei der finanziellen Unterstützung der Kommunen. Diese Unterstützung holt sich das Land jedoch aus den Taschen der Bürger!

Reform der Gemeindefinanzen

Die FDP-Gemeinderatsfraktion bedauert es außerordentlich, dass sich Bund, Länder und die kommunalen Spitzenverbände nicht auf eine Reform der Gemeindefinanzen einigen konnten.

Allein der Rückblick auf die letzten zwei Jahre verdeutlicht uns, wie unkalkulierbar die Gewerbesteuereinnahmen für die Kommunen sind. Seit Jahrzehnten ist das Klagen der Kommunen über schwankende Gewerbesteuereinnahmen groß, geändert hat sich bisher nichts.

Auch die Diskussion um die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht wird nicht ehrlich geführt. Jeder der diese Verbreiterung der Gewersteuerbasis fordert muss auch dazu sagen, dass es sich hierbei im Grunde um eine Verlagerung der Einnahmen vom Bund auf die Kommunen handelt. Denn der betroffene Gewerbetreibende könnte die kommunale Gewerbesteuer direkt mit der Einkommenssteuer des Bundes verrechnen. Im Gesamtergebnis ist es also ein Nullsummenspiel. Außerdem bedeutet dieser Vorschlag für zahlreiche Berufsgruppen – inklusive der Finanzverwaltung – einen enormen bürokratischen Aufwand. Da dann eine Einkommens- und eine Gewersteuererklärung erstellt werden muss.

Was aber bringt den Kommunen eine Verbreiterung der Gewersteuerbasis, wenn sich SPD und GRÜNE bundesweit für die Einführung von Eurobonds aussprechen? Es ist völlig unstrittig, dass sich durch die Einführung von Eurobonds das Zinsniveau für Deutschland um mehrere Prozentpunkte erhöht. Das hätte zur Konsequenz, dass auch deutsche Kommunen wesentlich höhere Refinanzierungskosten schultern müssten. Allein für Mannheim würde jeder Prozentpunkt mehr an Zinsen bis zu 4,5 Millionen Euro pro Jahr kosten. Die Einführung von Eurobonds würde für deutsche Kommunen unzumutbare zusätzliche finanzielle Belastungen bedeuten. Diese Forderungen sind ausgesprochen kommunalfeindlich und wären der finanzielle Todesstoss für viele Kommunen.

Die Entscheidung des Bundes, die Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu übernehmen, ist dagegen die bisher größte Entlastung der Kommunen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Allein für Mannheim ergeben sich dadurch sofort Entlastungen. Bis zum Jahr 2014 steigen diese

Entlastungen kontinuierlich bis auf knapp 20 Millionen Euro pro Jahr. Zusätzlich erstattet der Bund den Kommunen die anfallenden Verwaltungskosten. Bedenkt man, dass es sich bei der Grundsicherung im Alter um eine stark steigende Ausgabenposition handelt, so erfährt Mannheim durch diese Entscheidung eine erhebliche finanzielle Entlastung – eine Entlastung etwa auf dem Niveau unserer jährlichen Zinszahlungen!

Wir Liberale sind der Auffassung, dass Mannheim das Prinzip der Konnexität vehementer einfordern muss. Das gilt vor allem in Bezug zum Kinderförderungsgesetz. Hier steht das Land in der Pflicht, den Kommunen in Baden-Württemberg finanziell zur Seite zu stehen. Sollte sich die Landesregierung weiterhin weigern, ihren Anteil am Ausbauprogramm der Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zu übernehmen, unterstützen wir eine Klage gegen das Land Baden-Württemberg.

Stadt der Häuptlinge – steigende Personalaufwendungen

Die Entwicklung der Personalaufwendungen halten wir für kritisch. Unzweifelhaft hat die Stadt Mannheim großen Personalbedarf bei der Kinderbetreuung. In diesen Bereichen und Gehaltsgruppen haben wir für steigende Personalkosten volles Verständnis. Ohne weitere qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher können wir unsere Ziele in der Kinder- und Schülerbetreuung nicht erreichen. Ebenso befürworten wir die Ausbildungsoffensive der Verwaltung. Hier gilt es nicht nur Vorbild zu sein, um jungen Menschen einen qualifizierten Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Die Verwaltung ist auch auf die Nachwuchskräfte angewiesen, um die in Rente gehende Belegschaft nach und nach ersetzen zu können.

Angesichts des steigenden Fachkräftemangels plädieren wir zudem für eine Ausweitung der freiwilligen Gesundheitsangebote für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Gesundheit der Mitarbeiterschaft muss zentrales Anliegen der Verwaltung sein.

Kritisch sehen wir dagegen die Zunahme an Personalstellen in höheren Führungsebenen, insbesondere im Bereich des Oberbürgermeisters. Wir plädieren dafür, weniger „Häuptlinge“ zu krönen und stattdessen in der Breite mehr „einfache Indianer“ einzustellen. Was nützt uns eine personell aufgerüstete Steuerungseinheit, wenn der Verwaltung in den unteren Ebenen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur

Umsetzung der Aufgaben fehlen und dort die Arbeitsbelastung immens zunimmt? Es kann nicht sein, dass immer mehr „Häuptlinge“ Besoldungsgruppe B2 und höher bekommen und die „Indianer“ das Burnout-Syndrom!

Ein Paradebeispiel für steigende Personalkosten wird das fünfte Dezernat sein. Auch wenn Herr Oberbürgermeister Dr. Kurz eine möglichst kostenneutrale Lösung anstrebt, lassen sich allein vom Gehalt des neuen Bürgermeisters vier neue Erzieherstellen pro Jahr finanzieren. Die Kosten dieses fünften Dezernats, mitsamt dem erforderlichen Bürostab, sind im Haushalt noch gar nicht berücksichtigt. Ein Kostenrisiko, welches nach Aussage des Oberbürgermeisters mit jährlich mindestens 500.000 Euro den Haushalt zusätzlich belasten wird.

Wir setzen uns seit Jahrzehnten für eine schlanke und effiziente öffentliche Verwaltung ein. Hierzu gehörte für uns von Beginn an auch eine konsequente Aufgaben- und Ausgabenkontrolle. Die Stadt Mannheim darf sich nicht über steigende Personalausgaben beklagen, wenn sie zunehmend Aufgaben übernimmt, die eigentlich in den Verantwortungsbereich des Landes fallen oder weit entfernt von der klassischen Daseinsvorsorge liegen. Ein klassisches Beispiel für uns Liberale ist die ständige Ausweitung des Kommunalen Ordnungsdienstes, der immer mehr polizeiliche Aufgaben – also Aufgaben des Landes – wahrnimmt.

Die Tarifsteigerungen der Zukunft vorauszusagen, erinnert an Kaffeesatz lesen. Jedoch entspricht es nicht der Kalkulation eines ehrbaren Kaufmannes, der auch das Wohl seiner Mitarbeiter im Blick hat, wenn die Verwaltung für das Jahr 2013 nur eine Tarifsteigerung von 0,5 Prozent in den Haushalt einpreist und für die Folgejahre überhaupt keine Tarifsteigerungen einplant.

Kinder und Bildung

Die Investitionen in den Bereichen Kinder und Bildung sind gut angelegtes Geld und sichern die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Ausbau der Tagesbetreuungsplätze

Der weitere Ausbau von Tagesbetreuungsplätzen verlangt uns aber einen enormen finanziellen und logistischen Aufwand ab. Ein richtiger – wenn auch später – Schritt war die Schaffung der Task Force, die das Krippenausbauprogramm dezernatsübergreifend koordiniert. Um in den nächsten zwei Jahren die gesetzliche Vorgabe der 35-prozentigen Versorgungsquote im Krippenbereich garantieren zu können, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung unabdingbar. Wie die Verwaltung gehen auch wir Liberale davon aus, dass der tatsächliche Betreuungsbedarf in Großstädten wie Mannheim deutlich über dem der gesetzlichen Vorgabe von 35 Prozent liegt. Das bedeutet, dass wir langfristig auch über das Jahr 2013 hinaus mit erheblichen Investitionen in diesem Bereich rechnen müssen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird immer mehr zu einem Standortfaktor für die hier ansässigen Unternehmen. Der Fachkräftemangel in der Mannheimer Wirtschaft wird sich nach Aussage der IHK Rhein Neckar in den nächsten Jahren nochmals dramatisch verschärfen. Das Angebot ausreichender qualitativer Betreuungsplätze für den Nachwuchs ist dabei bereits jetzt schon ein Entscheidungskriterium, ob sich Fach- und Führungskräfte hier bei uns in Mannheim niederlassen bzw. ob wir sie hier halten können.

Neben den städtischen Tagesbetreuungseinrichtungen und denen der Freien Träger bieten seit kurzem auch private Anbieter Tagesbetreuungsplätze in Mannheim an. Diese sind zwar teurer als in städtischen und kirchlichen Einrichtungen, verzeichnen jedoch trotzdem eine große Nachfrage – vor allem auch aufgrund der flexiblen Betreuungszeit bis 18:00 Uhr und der „Spontanbetreuung“ für Notfälle. Damit stellen diese Einrichtungen eine ideale Ergänzung der bisherigen Angebote im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Wir fordern die Verwaltung deswegen auf, zukünftige Anträge auf Einrichtung privater Tagesbetreuungsgruppen schneller und unbürokratischer zu bearbeiten als bisher.

Die Anstrengungen der Verwaltung bei der Gewinnung und Qualifizierung von Tagesmüttern begrüßen wir ausdrücklich.

Grundsätzlich sehen wir bei der Kooperation mit der Wirtschaft im Bereich des Ausbaus unternehmenseigener Kitas – mit anteilig städtischen Belegungsrechten – noch erheblichen Verbesserungsbedarf.

Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen“

Der frühe Kontakt mit einer Bildungseinrichtung wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Kinder aus und ist ein zentraler Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Nur wenn individuelle Defizite früh erkannt und ausgeglichen werden, bewahren sich die Kinder die Chance in der Schule den Anschluss zu halten. Eine Schlüsselqualifikation ist hier unbestreitbar die Sprachkompetenz. Der im letzten Jahr erschienene Mannheimer Bildungsbericht hat einen hohen Sprachförderbedarf in unseren Tageseinrichtungen für Kinder festgestellt. Dabei wurde offenbar, dass bei uns nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund ein Sprachdefizit haben.

In diesem Kontext freut es uns besonders, dass die Bundesregierung mit dem Programm „Offensive Frühe Chancen“ zahlreichen Mannheimer Einrichtungen jeweils 25.000 Euro pro Jahr bis 2014 zur Verfügung stellt, um dadurch gezielt Fachpersonal zur Sprachförderung einzusetzen. Mit bisher rund 1,9 Millionen Euro fördert der Bund die Sprachkompetenz in Mannheimer Kitas. Erst Anfang dieses Monats wurde die zweite Bewerbungsrunde eröffnet. Bis Ende März 2012 können sich weitere Kitas für das Programm bewerben. Wir rufen deshalb alle Kindertageseinrichtungen mit besonderem Sprachförderbedarf dazu auf, sich zu beteiligen. Mit diesem Programm leistet der Bund einen entscheidenden Beitrag, um die Mannheimer Bildungskette zu stärken!

Aber der Bund unterstützt uns hier in Mannheim nicht nur am Anfang der individuellen Bildungsbiografie von Kindern, sondern auch beim wichtigen Übergang von der Schule in den Beruf. Bis Ende 2014 stehen weitere 1,5 Millionen Euro an Fördermitteln im Rahmen des stadt- und ortsteilbezogenen Arbeitsmarktprogramms „BIWAQ“ zur Verfügung. Mit diesen zusätzlichen Mitteln können Schülerinnen und Schüler, in den Stadtteilen, in denen die Probleme am dringlichsten sind, beim Erreichen des

Schulabschlusses und beim erfolgreichen Start ins Berufsleben besonders gefördert werden.

Bildungsbericht

Mit großer Spannung erwarten wir den angekündigten zweiten Mannheimer Bildungsbericht im kommenden Jahr. Bereits der erste Bildungsbericht war Grundlage und Auslöser für eine breit angesetzte Diskussion über die Verbesserung von Bildungsbedingungen in Mannheim. Eine ähnlich intensive Diskussion und Auseinandersetzung versprechen wir uns auch vom nächsten Bildungsbericht.

Um eine differenzierte Übersicht der kommunalen Bildungslandschaft vor Ort zu erhalten ist auch die Darstellung von berufsbildenden Schulen, beruflichen Gymnasien sowie Privatschulen unverzichtbar. Unserer Ansicht nach genügt es nicht, als eine der Kennzahlen für Bildungsgerechtigkeit, nur die Übergangsquoten von der Grundschule auf das staatliche Gymnasium zu betrachten. Durch die Aufhebung der Grundschulempfehlung verliert diese Kennzahl zudem weiter an Aussagekraft. Vielmehr ist entscheidend, wie viele Schülerinnen und Schüler das Abitur tatsächlich ablegen. Die berufsbildenden Schulen, beruflichen Gymnasien und Privatschulen bieten hier in großer Anzahl sehr differenzierte Abschlüsse der allgemeinen und fachgebundenen Hochschulreife an. Rund die Hälfte der Hochschulzugangsberechtigungen in Baden-Württemberg wird an beruflichen Schulen erworben!

Bisher unberücksichtigt blieben auch die Institutionen der Erwachsenenbildung oder die der betrieblichen Weiterbildung. Der so genannte zweite Bildungsweg wird aber von vielen Bürgerinnen und Bürgern Mannheims als Chance genutzt, um die berufliche Karriere einen entscheidenden Schritt voranzubringen. Das lebenslange Lernen gewinnt im Hinblick auf den demografischen Wandel zunehmend an Bedeutung.

Der zweite Mannheimer Bildungsbericht muss hier das vorhandene Wissen systematisieren und belastbare empirische Daten liefern, damit wir ein ganzheitliches Bild der kommunalen Bildungslandschaft vor Ort als Grundlage für zukünftige bildungspolitische Weichenstellungen erhalten.

Vielfalt statt Einheit: ein starkes Bildungssystem

Der Zustand und die Gestaltung des Bildungssystems sind seit jeher Ursache intensiver Diskussionsprozesse in den Parteien. Nach dem Wechsel der Landesregierung in Stuttgart wird insbesondere die Einführung von Gemeinschaftsschulen kontrovers diskutiert.

Die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried (IGMH) hat in Mannheim unbestreitbar Erfolg. Allerdings ist die IGMH alles andere als eine Gemeinschaftsschule nach der Vorstellung der grün-roten Landesregierung. Die IGMH bietet, nach einer Orientierungsstufe, klar gegliederte homogene Schulzweige an. Nur so lässt sich die individuelle Förderung entsprechend der Begabung der Kinder überhaupt ermöglichen. Daher sieht die FDP-Fraktion die IGMH als gelungenen Beitrag zur Bildungsvielfalt in Mannheim an.

Die von der grün-roten Landesregierung geforderte Gemeinschaftsschule hat jedoch ein völlig anderes Konzept.

Wir Liberale haben große Zweifel, ob die Gemeinschaftsschule tatsächlich den individuellen Bildungserfolg garantieren kann. Vielmehr sehen wir die Gefahr, dass die Qualität der Bildung auf der Strecke bleibt. Die Befürworter gehen von der falschen Grundannahme aus, dass mit der Einführung der Gemeinschaftsschule die bestmögliche individuelle Förderung möglich sei. Dem ist aber offenbar nicht so. Man braucht nur nach NRW, ins „Musterland der deutschen Sozialdemokratie“ zu schauen, um sich davon zu überzeugen, dass die politisch motivierte Förderung von Gemeinschaftsschulen keinen positiven Effekt auf den Bildungserfolg hat. Nordrhein-Westfalen ist nur unteres Mittelmaß im direkten Bildungsvergleich der Bundesländer. Die Spitzenstellung wird ausschließlich von den Bundesländern behauptet, die ein klares Bekenntnis zur Bildungsvielfalt geben. Zudem verändert die Einführung von Gemeinschaftsschulen die Schullandschaft radikal zulasten der in Mannheim gut etablierten Haupt- und Realschulen, die gerade erst bedeutende strukturelle Veränderungen und Verschmelzungen hinter sich haben. Deswegen würde die Einführung von Gemeinschaftsschulen gerade diejenigen am meisten belasten, die die grün-rote Landesregierung angeblich besonders fördern will: benachteiligte Schüler, sowie Eltern und Lehrer.

Dies sehen wohl auch die betroffenen Schulen so. In der ersten Tranche hat nämlich keine einzige Mannheimer Schule Interesse am Modell Gemeinschaftsschule angemeldet!

Wir befürchten daher, dass nun mit dem Lockmittel besonderer Raum- und Ausstattungsangebote die Schulen in Mannheim vom Konzept der Gemeinschaftsschule überzeugt werden sollen. Die Sanierung von Schulgebäuden muss jedoch völlig unabhängig von der Schulart und der jeweiligen pädagogischen Ausrichtung angegangen werden. Wenn „gute Schule“ wirklich von unten wachsen soll, wie es die Landesregierung propagiert, dann darf die Verwaltung das Thema „Schulsanierung“ nicht für die Einführung von Gemeinschaftsschulen instrumentalisieren!

Die Gemeinschaftsschule ist grundsätzlich kein Allheilmittel für die viel zitierte mangelnde Bildungsgerechtigkeit. Die Weichen für eine erfolgreiche oder weniger erfolgreiche schulische Laufbahn werden vor allem in den frühen Jahren gestellt. Wenn Kinder bereits zur Einschulung deutliche Sprachdefizite aufweisen, kann auch keine Gemeinschaftsschule diese Defizite im späteren Verlauf mehr ausgleichen.

Ganztagsschule und Hort

Den weiteren Ausbau der Ganztagsschule halten wir Liberale für wichtig und notwendig. Die Ganztagsschule ist ein wirkungsvolles Instrument, um besonders leistungsschwachen Kindern eine erfolgreiche schulische Laufbahn zu ermöglichen. Eine ganztägige Betreuung von Schulkindern ist aber auch ein entscheidender Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die FDP unterstützt deshalb die Verwaltung in ihrem Vorhaben, bis zum Jahr 2016 die Hälfte der Mannheimer Schülerinnen und Schüler mit einem ganztägigen Betreuungsangebot zu erreichen.

Dabei ist für uns jedoch zentral, dass die Verantwortlichen vor Ort, die Schulleitungen und Lehrer gemeinsam mit den Eltern und Schülervertretern, entscheiden können, ob sie eine Ganztageschule werden möchten und in welcher Form sie dieses schulische Angebot umsetzen wollen - offen, teilgebunden oder gebunden. Wichtig ist uns hierbei die Kooperationsmöglichkeit von Schulen mit Trägern der freien Jugendarbeit sowie mit Vereinen. Aufgrund knapper werdender Zeitressourcen der Kinder und Jugendlichen können damit auch außerschulische Bildungsmöglichkeiten gewährleistet werden.

Einen Schwerpunkt beim Ausbau der ganztägigen Betreuung sehen wir im Bereich der Grundschulen, um die notwendige Bildungsgerechtigkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

Es ist vor allem die frühe Förderung der Kinder, die ein Mehr an Bildungsgerechtigkeit ermöglicht. Es ist aber auch die entscheidende Entlastung der arbeitenden Mütter und Väter, wenn der Nachwuchs in einem schulischen bzw. außerschulischen Angebot ganztägig betreut wird. Hier sehen wir einen großen Nachholbedarf der Verwaltung und sind uns gleichzeitig der besonderen Problematik der Ressourcenkonkurrenz zum Krippenausbauprogramm bewusst.

Es ist für die betroffenen Eltern nur schwer vermittelbar, wenn es zukünftig für unter Dreijährige einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz gibt, jedoch das Betreuungsangebot für schulpflichtige Kinder stark eingeschränkt ist. Zahlreiche Eltern sind auf ihr doppeltes Einkommen angewiesen oder wollen und können ihren Arbeitsplatz nicht aufgeben. Der Ausbau der ganztägigen Betreuung für Grundschüler – egal ob im Rahmen einer Ganztagschule oder einem Hort – muss konsequent angegangen werden. Notfalls bedarf es pragmatischer und problemorientierter Lösungskonzepte vor Ort, um den größten Notstand zu beheben. Daher setzen wir uns unter anderem für den kurzfristigen Ausbau der Brüder-Grimm-Schule ein, um den dortigen Raumnotstand zügig zu beheben.

Die jüngst beschlossene Zusammenarbeit mit Freien Trägern im Bereich der Schulkindbetreuung war wichtig und eine Konsequenz des akuten Platz- und Fachkräftemangels an Mannheimer Horten. Dieses Engagement begrüßen wir ausdrücklich. Die Stadt Mannheim arbeitet seit Jahrzehnten vertrauensvoll und partnerschaftlich mit den kirchlichen Trägern in der Kinderbetreuung zusammen. Wir sind uns sicher, dass dieses Pilotprojekt erfolgreich verläuft und andere Freie Träger sowie private Initiativen im Bereich der Kinderbetreuung ermutigt werden, sich ebenfalls in der Schulkindbetreuung zu engagieren.

Angesichts des Hortnotstandes muss aber auch hier im Gemeinderat Pragmatismus vorherrschen. Niemand will die dauerhafte Absenkung von Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung. Im Rahmen der Hortbetreuung wird auch in Zukunft zwingend pädagogisches Fachpersonal notwendig sein. Aber die Not der Eltern ist einfach zu

groß, um unbürokratische Hilfsangebote im Bereich der Schulkindbetreuung auszuschlagen.

Die Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal spielt bei der Ausweitung der Betreuungsangebote im Krippen-, Kindergarten- und Grundschulbereich eine zentrale Rolle. Hier stehen wir im Wettbewerb mit dem Umland. Wir erwarten mit Spannung die Ergebnisse der AG Fachkräftegewinnung. Vorrangig sollten Lösungsmöglichkeiten geprüft werden, die kurzfristig umgesetzt werden können. So kann beispielsweise die Entlastung der Erzieherinnen durch hauswirtschaftliche Hilfskräfte ein Mittel sein, die angespannte Situation vor Ort zu mildern, damit sich die Erzieher und Erzieherinnen auf ihre Aufgaben konzentrieren können. Mehr Ausbildungskapazitäten und die Einführung eines dualen Ausbildungsganges für den Erzieherberuf müssen parallel bereits jetzt initiiert werden, um auch langfristig gut ausgebildete Fachkräfte einsetzen zu können.

Bildungs- und Teilhabepaket

Als das Bundesverfassungsgericht die HARTZ-IV-Gesetzgebung der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung als verfassungswidrig einstufte, wurde deutlich, dass die Regelleistungen für Erwachsene und Kinder nicht dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums entsprachen.

Erst die schwarz-gelbe Koalition hat sich dieser verfassungswidrigen Gesetze angenommen. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket wurde zudem ein umfassender Leistungskatalog verabschiedet, der rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen zielgerichtet fördert und unterstützt. Erstmals geht es also nicht nur um finanzielle Leistungen, sondern auch um konkrete Bildungs- und Teilhabeangebote.

Das Bildungs- und Teilhabepaket stellt in dieser Hinsicht eine Zäsur für die deutsche Sozialpolitik dar. Unstrittig ist, dass der mühsame Vermittlungsprozess mit dem Bundesrat das Gesetz letztendlich nicht vereinfacht hat. Die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets vor Ort ist sicherlich noch nicht optimal. Aber die Richtung stimmt: ein verfassungskonformes Gesetz, welches den Schwerpunkt für Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen auf Bildung und Teilhabe setzt. Um die Umsetzung zu verbessern, sollte ein intensiver Dialog und Austausch mit anderen

Kommunen initiiert werden. Wo gibt es die besten Beispiele einer einfachen und effizienten Umsetzung? Welche Erfahrungen lassen sich auf Mannheim übertragen?

Zahlreiche Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets wurden bereits freiwillig von der Stadt Mannheim angeboten und finanziert. Hier gilt es ebenfalls konsequent darauf zu achten, dass jetzt die aufgebauten Doppelstrukturen abgebaut werden.

Wirtschaftsstandort Mannheim

Mannheim hat Zukunft: die Erfinder- und Gründerstadt

Keine andere Stadt in Baden-Württemberg hat so viele Neugründungen zu verzeichnen wie Mannheim. Diesen Spitzenplatz verteidigen wir nun schon seit einigen Jahren. Hinter jeder dieser Neugründungen stehen wagemutige Unternehmer, die mit ihren neuen Ideen fest an die eigene Zukunft glauben – und an die Zukunft Mannheims.

Seit jeher ist Mannheim ein fruchtbarer Boden für Erfindungen, die die Welt revolutionieren. Das Jubiläumsjahr der Erfindung des Automobils hat uns allen nochmals in Erinnerung gerufen, wie Innovationen, von der Quadratestadt ausgehend, den Siegeszug um die Welt angetreten haben.

Wir brauchen diesen Erfindergeist, der unsere Stadt auszeichnet wie kaum eine andere, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern. Das Zusammenspiel von Neugründungen und global agierenden Unternehmen macht das Besondere des Wirtschaftsstandorts Mannheim aus. Hinzu kommen exzellente und weit über die Region hinaus bekannte wissenschaftliche Institutionen. Die zahlreichen erfolgreichen Ausgründungen von Studentinnen und Studenten sind Ausdruck für die Innovationskraft unserer Universität und der Hochschulen. Hier in Mannheim hat akademische Exzellenz und unternehmerischer Wagemut eine Heimat!

Einen wichtigen Beitrag leistet das KREATECH-Programm, welches gezielt Kleinst- und Kleinunternehmen aus technologieorientierten Branchen und der Kreativwirtschaft fördert. Wir Liberale unterstützen deshalb das Vorhaben der Verwaltung, das Programm für die nächsten vier Jahre mit jährlich 200.000 Euro auszustatten. Aus Sicht der FDP ist

das Geld gut investiert und wir erhoffen uns langfristig branchenübergreifende Wachstumsimpulse für die heimische Wirtschaft. Ebenso erhoffen wir uns aber auch am Ende dieser Periode eine umfassende Evaluierung des Förderprogramms. Wir brauchen bald belastbare Daten, die den Erfolg oder Misserfolg dieses Programms veranschaulichen.

Existenzgründerzentren

Der Spitzenplatz Mannheims im Bereich der Neugründungen von Unternehmen ist sicherlich auch wesentlich auf die städtischen Existenzgründerzentren zurückzuführen. Es war richtig und konsequent, unsere Existenzgründerzentren – bis auf GIG7 – in der mg:mannheimer gründerzentren gmbH zu fusionieren. Wir erhoffen uns von diesem Schritt die Vermeidung und den Abbau von Doppelstrukturen, die kostenintensiv sind und ablenken von dem eigentlich Ziel: Mannheims Wirtschaft nachhaltig zu stärken.

Mit dem Kreativwirtschaftszentrum im Jungbusch werden wir in den nächsten Jahren ein weiteres Gründerzentrum bauen, ohne dass dem Gemeinderat für dieses Objekt eine belastbare Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgelegt wurde. Es ist absehbar, dass auch diese Einrichtung langfristig bezuschusst werden muss. Wir hoffen, dass die kalkulierten Baukosten eingehalten werden und dass nicht, wie aktuell beim Musikpark, erhebliche Baumängel nach kurzer Zeit auftreten und umfassend saniert werden müssen.

Auch das Alte Volksbad in der Neckarstadt, welches nächstes Jahr eröffnet wird, startet bereits mit einem hohen jährlichen Zuschuss. Wir halten diese Institution zwar gerade auch in Bezug zur Entwicklungsperspektive der Neckarstadt-West für wichtig und richtig. Allerdings sind die angesetzten 100.000 Euro Zuschuss hoch, gemessen an der sehr überschaubaren Anzahl von sich dort ansiedelnden Kreativwirtschaftsunternehmen.

Grundsätzlich stellt sich für uns die Frage, wie viele Gründerzentren wir noch brauchen? Letztendlich muss sich ein Wirtschaftsunternehmen auf lange Sicht selbst tragen, sonst operiert es am Markt nicht wirtschaftlich. Die Förderung von jungen Start-Ups ist richtig, insbesondere vor dem Hintergrund der zahlreichen Startschwierigkeiten, die Existenzgründer in den ersten Jahren zu überstehen haben. Ein Existenzgründerzentrum bietet hier eine hervorragende Plattform des Erfahrungsaustauschs und zur Hilfestellung. Allerdings müssen wir als verantwortliche Kommunalpolitiker auch das ganze Spektrum

im Blick behalten. Gerade für die viel diskutierte Kreativwirtschaft fehlt uns eine Evaluation, ob sich der Mitteleinsatz für die Stadt Mannheim auch rechnet. Wir wollen jungen Unternehmen der Kreativwirtschaft zum Erfolg verhelfen. Wir sind aber gegen eine Dauersubventionierung von bestimmten Branchen.

Für die Kultur- und Kreativwirtschaft erwarten wir deshalb von der Verwaltung in regelmäßigen Abständen einen detaillierten Datenreport, um die aktuellen Strukturen und Trends in der Mannheimer Kultur- und Kreativwirtschaft analysieren und bewerten zu können.

Erfolgsgeschichte Jobcenter Mannheim

Einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leistet das Jobcenter Mannheim. Insbesondere die nachhaltigen Erfolge im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit erwecken bundesweites Interesse.

Die Zukunft des Jobcenters konnte mit der Verfassungsänderung im letzten Jahr langfristig gesichert werden. Wir hier in Mannheim haben zuvor mit der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) sehr gute Erfahrungen gemacht. Uns allen war es ein Anliegen, dass die Kernbestandteile der ARGE, wie „Hilfe aus einer Hand“ oder Zusammenarbeit „auf gleicher Augenhöhe“, für Arbeitssuchende auch in der neuen Institution erhalten bleiben.

Zusammen mit der Agentur für Arbeit führt die Stadt Mannheim das Jobcenter nun als „gemeinsame Einrichtung“ und es ist offensichtlich, dass die Erfolgsgeschichte fortgeschrieben werden kann. Jeder vermittelte Arbeitslose in Lohn und Brot entlastet nicht nur die Stadtkasse, sondern eröffnet dem betroffenen Menschen auch wieder neue Chancen. Nichts ist unsozialer, als das Gefühl nicht gebraucht zu werden.

Die neue wirtschaftspolitische Strategie

Das Jobcenter Mannheim kann langfristig aber nur deshalb Erfolge vermelden, weil sich die Mannheimer Wirtschaft so positiv entwickelt. Wo die Wirtschaft floriert, entstehen

Ausbildungs- und Arbeitsplätze! Die derzeit historisch niedrige Arbeitslosenquote in unserer Stadt ist maßgeblicher Ausdruck der guten konjunkturellen Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund ist es für uns gänzlich unverständlich – und ich wiederhole mich an dieser Stelle gerne – wenn der Vorsitzende der SPD-Fraktion den Arbeitsplätzen in dieser Stadt immer wieder mit der Erhöhung der Gewerbesteuer droht. Jeder Euro, den wir den Unternehmen zusätzlich abverlangen, fehlt den Betrieben und Unternehmen für wichtige Investitionen an ihren Standorten hier in Mannheim. Die Sicherung und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen muss für uns als Kommunalpolitiker oberste Priorität haben. Die Stadt Mannheim steht hier in direktem Wettbewerb zu den Gemeinden im Umland, die alle niedrigere Gewerbesteuersätze erheben.

Jede Steuererhöhung widerspricht zudem auch den Bestrebungen der neuen wirtschaftspolitischen Strategie, Mannheim als führenden Wirtschafts- und Industriestandort zu positionieren. Die Bestandspflege von ansässigen Unternehmen ist Kernbestandteil dieser neuen Strategie – zusammen mit der Entwicklung von zukunftsweisenden Kompetenzfeldern.

Vor bald zwei Jahren haben wir die Neuausrichtung unserer Wirtschaftsförderung einstimmig im Gemeinderat beschlossen. Die massive Erhöhung der Personalstellen haben wir damals bereits kritisch zur Kenntnis genommen. Allerdings überwogen für uns die erhofften positiven Impulse auf die Mannheimer Wirtschaft.

Wir haben Verständnis dafür, wenn die Suche nach geeignetem Personal einige Zeit in Anspruch nimmt. Es ist für uns jedoch völlig unverständlich, dass man nach fast zwei Jahren immer noch keinen verantwortlichen Fachbereichsleiter finden konnte. Normalerweise sollte beim Neuaufbau einer Organisationseinheit der später zuständige und verantwortliche Manager wesentlich mitwirken. Wir rufen die Verwaltung deshalb eindringlich dazu auf, die Suche nach einem geeigneten Fachbereichsleiter zu intensivieren.

Aus der Wirtschaft erhalten wir zudem deutliche Signale, dass die Neuausrichtung des Fachbereichs für Wirtschafts- und Strukturförderung nicht so rund läuft, wie es der Oberbürgermeister gerne darstellt. Das Konzept der „One-Stop-Agency“ hält bei vielen Unternehmen dem Realitätstest nicht stand. Für viele Kunden mangelt es beim Fachbereich an Übersicht, klaren Zuständigkeiten und einem einheitlichen

Ansprechpartner. Wir regen deshalb eine Evaluierung der Matrixorganisation an, damit die Startschwierigkeiten rasch behoben werden können und die Schnittstellen zu Industrie und Wirtschaft effizienter arbeiten. Den Mehrkosten der neuen wirtschaftspolitischen Strategie muss rasch auch ein Mehrwert für die ansässige Wirtschaft gegenüberstehen. Ansonsten haben wir in diesem Bereich sehr viel Geld in den Sand gesetzt.

Für uns Liberale ist es besonders wichtig, dass die Bestandspflege der ansässigen Unternehmen wirklich ernst genommen und mit Leben erfüllt wird. Bei aller Förderung der Kreativwirtschaft, als zukunftsweisendes Kompetenzfeld, dürfen wir hier in Mannheim nicht unsere Basis des wirtschaftlichen Erfolgs vernachlässigen. Auch wenn es nicht Mode ist, müssen die Interessen von Industrie und traditioneller Wirtschaft ausreichend berücksichtigt werden.

Die aktuelle Diskussion um die Zukunft der Betriebe im Industriehafen veranschaulicht die Schwierigkeit der Verwaltung einen Interessensausgleich zwischen allen Akteuren herbeizuführen. Neben der sich entwickelnden Kreativwirtschaft ist und bleibt Mannheim aber ein Standort für Industrie und Handel. In Mannheim sind sowohl große Industrieunternehmen beheimatet, als auch exzellente klein und mittelständische Betriebe aus allen Branchen der Wirtschaft.

Mit den Planken haben wir zudem ein Einzelhandelszentrum, welches sich, gemessen an der Passantenfrequenz, mit den großen deutschen Metropolen messen kann. Hier spielt Mannheim seit langem schon in der ersten Liga der deutschen Einkaufsstraßen. Diesen herausragenden Mix an bestehenden Unternehmen zu pflegen und zu betreuen ist die Hauptaufgabe der Wirtschafts- und Strukturförderung der Stadt Mannheim.

Unmittelbar damit verbunden ist für uns eine leistungsfähige Infrastruktur, die den zukünftigen Anforderungen der Wirtschaft gerecht wird. Gegen die Stimmen der FDP-Fraktion hat der Gemeinderat die Ausweisung einer Freihaltetrasse für eine mögliche dritte Rheinquerung abgelehnt. Das Signal, das damit an die Wirtschaft ging, war fatal und verdeutlicht die wirtschaftsfeindliche Schwerpunktsetzung der rot-rot-grünen Mehrheit im Gemeinderat. Wir dürfen bei der Diskussion um die Infrastruktur nie aus dem Auge verlieren, dass die stark exportorientierte Mannheimer Wirtschaft auf eine leistungsfähige und optimal vernetzte Verkehrsinfrastruktur angewiesen ist. Unsere Brücken, Straßen, Schienen, Flugverbindungen und Wasserwege sind die Lebensadern

der Industrie- und Handelsstadt Mannheim, dem Herzen der Metropolregion Rhein-Neckar.

Besonders deutlich wird die Notwendigkeit einer effizienten urbanen Verkehrsinfrastruktur beim Mannheimer Hafen. Der zweitgrößte Binnenhafen Deutschlands ist ein Wirtschaftsunternehmen von enormer Bedeutung für den Logistikstandort Mannheim. Die Exportwirtschaft der gesamten Region ist auf einen leistungsfähigen und optimal angebundenen Hafen angewiesen. Wir Liberale unterstützen deswegen den Ausbau des Container-Hafens im Jungbusch und hoffen auf eine rasche Realisierung dieses Millionenprojekts. Allerdings erteilen wir jedweder Kaufabsicht in Sachen Mannheimer Hafen seitens der Verwaltung eine klare Absage. Die ständige Ausweitung von städtischen Beteiligungen erhöht das finanzielle Risiko der Stadt und eine Übernahme des Hafens widerspricht dem Verständnis von Daseinsvorsorge einer Kommune.

Städtische Beteiligungen

Zur Daseinsvorsorge gehören Leistungen und Güter, die als existenziell notwendig erachtet werden. So zumindest beschreibt das Verwaltungsrecht den Begriff der Daseinsvorsorge. Eine Kommune in Deutschland ist verpflichtet diese grundlegenden Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Wir hier in Mannheim praktizieren allerdings schon seit Jahrzehnten eine weit darüber hinaus gehende Form der Daseinsvorsorge. Der Konzern Stadt Mannheim unterhält – ganz nach sozialdemokratischem Vorbild – von der Wiege bis zur Bahre alles, was man zum Leben und zum Sterben braucht. Ordnungspolitisch lässt es sich auf jeden Fall nicht erklären, warum die Stadt Mannheim ein eigenes Bestattungsunternehmen besitzt. Selbiges gilt für den Besitz von Parkhäusern, Gärtnereien, Tankstellen oder eines Kongresshauses. Auch der mehrheitliche Besitz eines börsennotierten Energieunternehmens muss hinterfragt werden. Zudem ändern sich die Zeiten und manche städtische Beteiligungen erscheinen heutzutage als nicht mehr unbedingt notwendig. Beispielsweise bieten private Anbieter seit Jahren bereits ihre Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege an. Hier werden bei einigen Betreibern höhere Standards und bessere Leistung als bei den städtischen Altenpflegeheimen angeboten und das zu einem günstigeren Preis. Warum müssen wir als Kommune in dieser Branche dann noch selbst aktiv sein?

Was muss eine Kommune alles besitzen, damit es der Daseinsvorsorge gerecht wird? Bei dieser Frage darf man nicht außer Acht lassen, dass die Zinslast der Stadt Mannheim jährlich rund 25 Millionen Euro beträgt. Die strukturelle Unterfinanzierung Mannheims hängt also auch unmittelbar mit der hohen Verschuldung und den drückenden Zinskosten zusammen. Wenn die Verwaltungsspitze die Idee eines kommunalen Entschuldungsfonds ins Spiel bringt, bei dem das Land der Kommune einen wesentlich Teil der Altschulden abnimmt, dann fragen wir uns, wie das ordnungspolitisch dem Steuerzahler zu erklären ist? Wir wollen die Hilfe des Landes beim Tilgen unserer Schulden und haben gleichzeitig für hunderte von Millionen Euro Anlagevermögen in Form von städtischen Beteiligungen in der Bilanz?

Die Privatisierung an sich ist kein Teufelszeug. Sicherlich haben einige Kommunen in Deutschland schlechte Erfahrungen gemacht. Aber das soll nicht über die zahlreichen positiven Erfahrungen bei Veräußerungen von städtischen Beteiligungen hinwegtäuschen. Gerade im hochverschuldeten NRW gibt selbst die eigene Landeshauptstadt seit Jahren ein gutes Beispiel ab. Düsseldorf ist schuldenfrei, weil es vor Jahren erhebliches Vermögen veräußert hat. Dresden lebt ebenfalls seit Jahren ohne Schulden. Untergegangen sind die Städte davon bis heute nicht.

Die Privatisierung von städtischen Unternehmen ist auch nicht das Verschleudern von Tafelsilber. Tafelsilber steht meist nutzlos im Schrank und kostet nur. Viele unserer städtischen Ausflüge in die Welt der Unternehmerschaft kosten die Stadt Mannheim viel Geld. Der Zuschuss an die Stadt Mannheim Beteiligungsgesellschaft (SMB) muss beispielsweise erneut erhöht werden. Eigentlich soll man mit Unternehmen Geld verdienen. Unsere Beteiligungen sind aber überwiegend dauerhafte Zuschussbetriebe.

Selbst kleine Schritte der Privatisierung können ein Schritt in die richtige Richtung sein. Im Falle der GBG-Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft fordern wir seit langem eine verstärkte Mieterprivatisierung des städtischen Wohnungsbestands. Durch den Verkauf von Wohnungen an die Mieter, wie diese es auch vielfach selbst wünschen, ist deren finanzielle Belastung nach dem Erwerb häufig gleich hoch oder sogar niedriger als die bisherige Miete. Auch die Gründung von Mietergenossenschaften wäre hierfür ein interessantes Instrument.

Unsere Forderung ist, dass nicht die Stadt Eigentum an möglichst vielen Wohnungen hat, sondern dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürgern Eigentümer ihrer Wohnung

sind! Wir wollen ein Volk von Eigentümern, statt Volkseigentum. Wohneigentum ist immer noch die beste Altersvorsorge und damit ein wichtiger Beitrag zur sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger.

Kultur mit Zukunft

Die kulturelle Vielfalt Mannheims ist Ausdruck für die Vielfältigkeit unserer Stadtgesellschaft. Traditionell wird die Kulturpolitik in Deutschland zu einem wesentlichen Anteil kommunal finanziert. Wir hier in Mannheim belegen bundesweit den ersten Platz im Bereich der Kulturförderung. Keine andere vergleichbare Kommune gibt mehr Geld pro Einwohner für Kunst und Kultur aus. Dabei geben wir ein klares Bekenntnis zur Förderung in der Spitze, ebenso wie in der Breite.

Kulturhauptstadt

Wie bereits zu den letzten Haushaltsberatungen verdeutlicht, stehen wir Liberale auch weiterhin grundsätzlich hinter einer möglichen Bewerbung Mannheims und der Region als Europäische Kulturhauptstadt 2020.

Allerdings fordern wir, dass die auf uns zu kommenden Kosten so transparent wie möglich veranschaulicht werden und dass dieser Bewerbungsprozess ein Kraftakt der gesamten Region wird – finanziell wie kulturell.

Bei aller Liebe unseres Oberbürgermeisters für sprichwörtliche „Highlights“, dürfen wir nicht den Boden der Tatsachen unter unseren Füßen verlieren. Mannheim lebt weit über seine Verhältnisse – aber noch lange nicht standesgemäß. So einen Eindruck muss man bekommen, wenn man sich die Summe der Ausgaben ansieht, die wir für so genannte „Großereignisse“ bereit sind zu finanzieren. Im nächsten Jahr steht der Deutsche Katholikentag an, diesen bezuschussen wir mit mindestens 1,5 Millionen Euro, im Jahr 2013 gastiert bei uns das Internationale Deutsche Turnfest mit bisher geschätzten Kosten in Höhe von rund 2,9 Millionen Euro und im Jahr 2014 ist bei uns das „Theater der Welt“ für rund eine Millionen Euro zu Gast.

Die europäische Hauptstadt für Kunst und Kultur zu werden ist ein ambitioniertes Ziel, mit großem Mobilisierungspotenzial für die gesamte Stadt. Dennoch muss sich am Ende dieses Projekt auch bewältigen lassen – personell und finanziell.

Kunsthalle und Reiss-Engelhorn-Museen

Ein wesentlicher Beitrag für eine erfolgreiche Bewerbung zur Kulturhauptstadt wurde durch die großzügige Spende des Ehepaars Josephine und Dr. h.c. Hans-Werner Hector für den Neubau des Mitzlaff-Baus der Kunsthalle Mannheim geleistet. Hierfür möchten wir uns an dieser Stelle nochmals ausdrücklich bedanken. Die Stadt Mannheim hat in ihrer Geschichte zahlreiche private Mäzene erlebt, die sich für die Stadt eindrucksvoll engagiert haben.

Es geht nunmehr darum, einen attraktiven Bau zu schaffen, der sich in das Jugendstilensemble am Rosengarten einfügt und dennoch neue Akzente setzt. Mit der 50 Millionen Euro Spende des Ehepaars Hector steht die Finanzierung des Neubaus der Kunsthalle auf einem soliden Fundament. Dies war ein gelungener Auftakt, um weitere Spenden zu generieren. Einige weitere Spenden sind ja bereits eingegangen!

Wir unterstützen das Vorhaben der Verwaltung, für den Neubau eine Stiftung zu gründen, an der sich die Stadt Mannheim mit zehn Millionen Euro aus dem Erlös der MVV-Aktien beteiligt. Voraussetzung ist für uns jedoch, dass diese Stiftung mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet wird, damit nicht nur der Bau, sondern auch der Ausstellungsbetrieb der Kunsthalle Mannheim langfristig finanziell gesichert werden kann. Eine erfolgreiche Kunsthalle Mannheim, mit überregional beachteten Ausstellungen und Veranstaltungen, setzt überdies voraus, dass unsere großartigen Kunstwerke erhalten und restauriert werden.

Ziel muss es sein, eine ähnlich ideale Lösung wie bei den Reiss-Engelhorn-Museen zu erreichen. Diese sind – nicht zuletzt auch durch die überaus erfolgreiche Staufer-Ausstellung – zu einem touristischen Magnet in Mannheim geworden.

Die REM leisten zudem auch im Hinblick auf die Museumspädagogik einen wichtigen Beitrag zur Mannheimer Kultur- und Bildungslandschaft. Dass Museen auch

Bildungsstätten sind, wird bei den REM aber auch beim Technoseum besonders erfolgreich umgesetzt.

Insgesamt ist die gute Entwicklung unserer kommunalen Museen eine Bedingung für eine erfolgreiche Bewerbung Mannheims und der Region zur Europäischen Kulturhauptstadt.

Nationaltheater

Ein weiterer kultureller Leuchtturm ist das Nationaltheater Mannheim. Es muss uns gelingen, dieses große Haus für Mannheim und die Region auf hohem Niveau zu halten. Auch hier werden weitere bauliche Verbesserungen in das inzwischen in die Jahre gekommene Haus – z.B. in das Foyer – erforderlich sein, so dass Einsparungen in diesem Bereich nicht möglich sind.

Freie Szene

Die Freie Szene in Mannheim bereichert unserer Kulturlandschaft wesentlich. Sie ist ständig auf der Suche nach neuen Arbeits- und Darstellungsformen und gibt damit, mit ihren zumeist jungen Nachwuchskünstlern, wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft insgesamt.

Wir wünschen uns eine stärkere Bestandspflege der in Mannheim bereits bestehenden Freien Szene. Wir wissen, dass die Freie Szene weiteren räumlichen Bedarf hat. Wir wollen in diesem Bereich deswegen dringend benötigte Proberäume für Künstler schaffen, um die Freie Szene auf diesem Wege zu unterstützen. Ein eigenes Zentrum mit einer künstlerischen Leitung und einem Stab von Mitarbeitern lehnen wir Liberale jedoch ab. Eine künstlerische Leitung widerspricht unserem Verständnis einer „freien“, ungebundenen Szene, die von kultureller Vielfalt lebt. Alles an einem Ort zu zentralisieren widerspricht auch unserer Vorstellung von lebendigen Stadtteilen. Die Idee eines Zentrums der Darstellenden Künste in Mannheim ist zudem aus unserer Sicht nicht finanzierbar.

Darüber hinaus haben wir mit der Alten Feuerwache bereits ein Haus mit ähnlichen Ansprüchen. Leider fehlt diesem Haus die finanzielle Unterstützung durch das Land.

Wir unterstützen deswegen auch das Bestreben des Kulturhauses Käfertal, beim Land Zuschüsse für die Arbeit als soziokulturelles Zentrum zu beantragen, um damit nicht nur die ohnehin anstehenden Sanierungen zu finanzieren, sondern auch, um langfristig mehr Geld für die inhaltliche Arbeit zu haben. Das Kulturhaus Käfertal kann aus unserer Sicht für die Freie Szene in Mannheim insgesamt eine stärkere Rolle spielen.

Auch das Geschäftsmodell des Oststadttheaters ist bedenkenswert. Das Oststadttheater plant, nachdem die bisher angemieteten Räume in der Kunsthalle bald nicht mehr zur Verfügung stehen, eine eigene Spielstätte zu bauen. Um diese Investition stemmen zu können, möchte das Oststadttheater ein zinsloses Darlehen von der Stadt. Wir halten diese Idee für sehr unterstützungswürdig und bitten dies zu prüfen.

Sportförderung in Mannheim

Zahlreiche Spitzensportler aus den verschiedensten Disziplinen haben ihre Heimat in Mannheim. Der erste Platz beim Wettbewerb „Mission Olympic“ hat zudem deutlich gemacht, wie außerordentlich aktiv die Mannheimerinnen und Mannheimer sind und sich durch regelmäßigen Sport fit und gesund halten. Sport in Mannheim steht also für herausragende Leistung im Spitzensport und Begeisterung in der Breite.

Auch wenn der Breitensport in unserer Stadt überwiegend von Sportvereinen organisiert wird, nimmt die Zahl derer zu, die sich außerhalb von traditionellen Vereinsstrukturen körperlich betätigen. Wir unterstützen deshalb das Vorhaben der Verwaltung, die Sportstätteninfrastruktur auch an den Bedürfnissen der „Nichtorganisierten“ Sportlerinnen und Sportler auszurichten. Ebenso positiv finden wir jedoch, dass darüber hinaus im nächsten Jahr rund 700.000 Euro in vereinseigene Sportanlagen investiert werden.

Die Sanierung des traditionsreichsten Mannheimer Schwimmbads macht große Fortschritte. Schon bald wieder erstrahlt das Herschelbad in fast schon vergessender Schönheit. Doch leider trügt der Schein, denn dieses Juwel des Jugendstils glänzt nur von außen. Die Sanierung und Instandsetzung des Inneren des Herschelbads ist noch

nicht einmal in Planung. Die FDP-Fraktion hat bereits vor zwei Jahren kritisiert, dass wir, mit einer auf die Fassade beschränkten Sanierung, das Pferd von hinten aufzäumen. Viel zu spät hat die Verwaltung ein Gesamtnutzungskonzept in Auftrag gegeben. Wir können nur hoffen, dass mit dem neuartigen Verfahren des „wettbewerblichen Dialogs“ die beste Nutzungsidee für das Herschelbad – mit seinen riesigen leerstehenden Raumreserven – gefunden werden kann. Allerdings hat die Verwaltung für die Realisierung der Ergebnisse überhaupt keine Finanzmittel in den Haushalt eingestellt, so dass zu befürchten ist, dass die Innensanierung auf die lange Bank geschoben wird. Wir Liberale würden uns natürlich über einen privaten Investor freuen, der an diesem Standort ein vielversprechendes Nutzungskonzept verwirklicht und dabei gleichzeitig der öffentliche Badebetrieb garantiert bleibt.

Konversion als Chance – mit Risiken

Der Abzug der US-Streitkräfte ist eine Zäsur für Mannheim. Hunderte von Zivilangestellten fanden bei den Amerikanern im Laufe der Jahrzehnte eine Beschäftigung. Die Amerikaner wurden unsere Nachbarn und Freunde. Der Abzug ist deshalb nicht ohne Wehmut und wir hoffen, dass der persönliche Kontakt zwischen Mannheimern und US-Amerikanern auch in Zukunft aufrecht erhalten werden kann. Ebenso wünschen wir uns für die zahlreichen Zivilangestellten, dass rasch eine neue Beschäftigungsmöglichkeit gefunden werden kann.

Die freiwerdenden US-Militärflächen im gesamten Stadtgebiet sind von enormer Größe. Insgesamt werden 510 Hektar Grundfläche wieder frei zugänglich und für die zivile Nutzung umgewidmet („Konversion“). Das entspricht einer Fläche, die rund 12-mal so groß ist wie der Luisenpark. Der Abzug der US-Streitkräfte bedeutet eine historische Chance für die Weiterentwicklung unserer Stadt. Die Dimensionen sind aber auch so groß, dass erhebliche Risiken bestehen. Die Konversion in Mannheim muss deshalb für unseren Oberbürgermeister und den Gemeinderat Chefsache sein und den vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, mit ihren wertvollen Ideen und Konzepten, die Möglichkeiten der Beteiligung bieten.

Auch wenn die Flächen nicht der Stadt gehören, muss die Planung jetzt beginnen, wenn wir unsere Stadt neu gestalten wollen! Die FDP-Fraktion sieht bei der Umwandlung der Konversionsflächen in Mannheim folgende drei Schwerpunkte:

1. mehr Raum für hochwertigen Wohnungsbau für Fach- und Führungskräfte und eine deutliche Ausweitung von bezahlbaren Bauflächen in attraktiven und urbanen Lagen für junge Familien;
2. eine konsequente und am Bedarf ausgerichtete Förderung von Gewerbe und Industrie, um gut bezahlte Arbeitsplätze nach Mannheim zu holen und langfristig anzusiedeln;
3. eine deutliche Ausweitung von Grünflächen, um die Frischluftzufuhr zu verbessern und somit den Freizeitwert und die Lebensqualität zu erhöhen.

Die Konversion bietet Mannheim die einmalige Chance, wichtige städtebauliche Entwicklungen voranzutreiben und den Weg in eine neue Zukunft zu beschreiten. Eine Bewerbung zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau (BUGA) ab 2023 kann hierbei sinnvoll sein, um Impulse für eine qualitative Freiraumentwicklung zu geben. So könnte ein durchgängiges Grünsystem unter Einbeziehung der Flusslage entwickelt werden, das Mannheim auch als Wohnstandort noch attraktiver machen könnte.

Eine BUGA im Zusammenhang mit Konversion zu realisieren haben andere Städte bereits erfolgreich durchgeführt, ohne dass es zu weiteren finanziellen Belastungen gekommen ist. Diese beispielhaften BUGA-Projekte müssen auch für Mannheim als Vorbild dienen, um die finanziellen Belastungen für die Stadtkasse so gering wie möglich zu halten.

Den Ankauf aller Konversionsflächen durch die Stadt Mannheim halten wir Liberale nicht für notwendig. Auch das Planungsrecht gibt uns viel Gestaltungsmöglichkeit, ohne dass die Stadt auch tatsächlich mit eigenem Geld gestalten muss. Abgesehen davon, macht die jüngst beschlossene Erhöhung der Grunderwerbsteuer den möglichen Kauf der Konversionsflächen durch die Stadt erheblich teurer.

Stadtentwicklung: Investitionen in unsere Zukunft

Investitionen sind notwendig, um den Wert unserer Gebäude, unserer Straßen und Brücken und der zahlreichen weiteren Anlagen zu erhalten. Auch die FDP-Fraktion

begrüßt die Investitionen in den nächsten Jahren. Die Schwerpunkte bei den Investitionen liegen für uns in den Bereichen Kinder und Bildung sowie bei sinnvollen Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur.

Angesichts der geplanten Investitionsoffensive plädieren wir aber für eine maßvollere Umsetzung der Maßnahmen, als von der Verwaltung vorgeschlagen. Es muss uns allen bewusst sein, dass wir für die bisher geplanten Investitionen in nicht unerheblichem Maße neue Schulden aufnehmen müssen bzw. unsere Rücklagen fast vollständig aufbrauchen werden.

Der Ausbau des Radverkehrs in Mannheim hat für uns beispielsweise einen besonderen Stellenwert. Insbesondere aufgrund der günstigen topografischen Lage eignet sich Mannheim als fahrradfreundliche Stadt. Wir sehen für Mannheim im Bereich des Radverkehrs noch erheblichen Nachholbedarf. Mit dem beschlossenen 21-Punkte-Programm für mehr Radverkehr haben wir endlich eine klare Handlungsanleitung. Zusätzlich möchten wir in der Erfinderstadt des Fahrrads ein öffentliches und leicht verständliches Fahrradverleihsystem etablieren, welches von einem privaten Anbieter betrieben und unterhalten werden kann.

Den Umbau der Bismarckstraße und die Einrichtung eines Fahrradweges für geschätzte fünf Millionen Euro halten wir für grundsätzlich richtig. Die geplante zeitgleiche Realisierung der Maßnahme „Bismarckstraße“ mit der Sanierung der Planken und der Verschiebung des Baubeginns Q6/Q7 lässt uns jedoch große Verkehrsprobleme befürchten. Hinzukommen weitere innerstädtische Großbaustellen, wie im ehemaligen Haus der Commerzbank oder der BW-Bank. Hier droht der Mannheimer Innenstadt der Verkehrsfarkt, wenn alle Projekte gleichzeitig umgesetzt werden. Die Einzelhändler in der Innenstadt mussten in den letzten Wochen bereits große Einbußen hinnehmen, als durch die Brückenbauarbeiten der Verkehrsfluss stark behindert wurde. Ähnliches ist zu befürchten, wenn in Zukunft der Verkehr wieder erheblich beeinträchtigt wird. Daher sind wir der Auffassung, dass die Maßnahme Bismarckstraße vorläufig zurückgestellt werden sollte.

Positive Investitionen sind aus unserer Sicht die Sanierung der Schulstraße sowie der Seckenheimer-Hauptstraße bzw. Seckenheimer-Planken. Das Zentrenkonzept trägt hier Früchte. Der Einzelhandel in den Ortskernen investiert wieder in die eigenen Standorte.

Jetzt muss auch die Stadt einen Betrag leisten, um die sehr sanierungsbedürftigen öffentlichen Flächen herzurichten.

Kritisch sehen wir allerdings die städtische Förderung des Mietwohnungsbaus sowie des Programms für private Mannheimer Haushalte, um Wärmedämmmaßnahmen durchzuführen. Hier bieten zahlreiche andere Akteure, wie beispielsweise die Kreditanstalt für Wiederaufbau, ähnliche Programme an, so dass die Stadt Mannheim hierzu nicht in Konkurrenz treten muss.

Auch muss die Stadt nicht jede Baugebietsentwicklung auf eigene Kosten vorantreiben. Die Entwicklungskosten für die Gelände des Victor-Lenel-Hauses und der Theodor-Heuss-Schule können auch von privaten Investoren aufgebracht werden. Diese Kosten in Höhe von insgesamt über fünf Millionen Euro muss nicht die Stadt schultern.

Wenig weitsichtig ist unserer Meinung nach die Planung beim Glückstein-Quartier. Die Vermarktung und die Realisierung des gesamten Vorhabens hängen wesentlich von der Verlegung der Feuerwache ab. Im Haushalt sind für die Feuerwache zwar Planungskosten eingestellt, jedoch keine weiteren Finanzmittel für die Verlegung der Feuerwache. Egal ob wir selber bauen, mieten oder leasen – in der mittelfristigen Finanzplanung brauchen wir hierfür erhebliche Mittel. Ohne Umzug der Feuerwache ist die Verwirklichung des Glückstein-Quartiers kaum möglich und die Erlöse aus dem Verkauf der Grundstücke nicht zu erwirtschaften.

Schlussbemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich abschließend zusammenfassen, dass auch dieser Haushalt nicht ohne neue Schulden auskommt. Trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, Steuereinnahmen in Rekordhöhe und millionenschwerer Entlastungen von Bund und – vielleicht – sogar dem Land, geben wir in den nächsten beiden Haushaltsjahren deutlich mehr aus, als wir einnehmen. Dafür müssen wir mehr Schulden aufnehmen und unsere liquiden Mittel deutlich abbauen.

Wir schlagen deshalb vor, ein zweites Haushaltsstrukturprogramm aufzulegen, um unseren Haushalt nachhaltig zu konsolidieren und Schulden tatsächlich und nicht nur bilanziell abzubauen. Folgende Vorschläge kommen aus unserer Sicht dafür in Betracht:

- die Verschiebung der Maßnahme „Bismarckstraße“.
- die private Entwicklung der zukünftigen Baugebiete der Theodor-Heuss-Schule und des Victor-Lenel-Hauses.
- die Streichung des Wärmedämmprogramms für private Hausbesitzer sowie die Einstellung der städtischen Förderung des Mietwohnungsbaus.
- eine Überprüfung, welche Doppelstrukturen wir abbauen und streichen können, z.B. bei den Leistungen die zukünftig vom Bildungs- und Teilhabepaket finanziert werden.
- einen Stopp der ständigen Aufgabenausdehnung innerhalb der städtischen Verwaltung. Wir sollten keine Aufgaben durchführen, für die eigentlich das Land zuständig ist.
- ein konsequenter Einstellungsstopp in den Führungsebenen der Verwaltung.
- eine ernsthafte Diskussion darüber, welche städtische Beteiligung wir als Konzern Stadt Mannheim wirklich brauchen.

Anstatt sich ernsthaft Gedanken über ein zweites Haushaltsstrukturprogramm zu machen, gibt es im Gemeinderat jedoch eine große Koalition, die beantragt, die Verwaltungsbank wieder zu erweitern. Jede Sparmaßnahme wird dadurch zur Makulatur.

Auch ein Ausblick auf die nächsten Haushaltsberatungen in zwei Jahren verspricht keine Hoffnung, dass sich die Mehrheit des Gemeinderats zu entscheidenden Sparmaßnahmen durchringen kann. Die Befürchtung ist berechtigt, dass sechs Monate vor der nächsten Kommunalwahl das altbewährte Füllhorn der rot-rot-grünen Gemeinderatsmehrheit kräftig ausgeschüttet werden wird. Auch wenn das politische Gedächtnis kurz ist, können wir nur eindringlich davor warnen, dass die ständig steigende Verschuldung als ein Problem der Zukunft angesehen wird. Wir befinden uns hier und jetzt im Schuldensumpf! Leider vermisst man von zahlreichen hier anwesenden Kommunalpolitikern ein Gespür für die Ernsthaftigkeit der Lage. Mit dem Finger auf Griechenland zeigen und dabei selbst kräftig Schulden aufnehmen und die eigenen Reserven zu verbrauchen ist keine generationengerechte Politik.

Zudem sind aus unserer Sicht erhebliche Investitionen und Haushaltsrisiken in diesem Haushaltsentwurf unberücksichtigt. Ich will an dieser Stelle nur an einige Punkte erinnern:

- 0,5 und 0% Tarifsteigerungen für die Beschäftigten ab 2013.
- der nicht eingeplante Neubau der Hauptfeuerwache.
- die Energiekosten sind auf dem Niveau des Jahres 2010 im Haushalt eingestellt, dabei steigen die Energiekosten erfahrungsgemäß um mehr als 10% jedes Jahr.
- die eingestellten Unterhaltskosten für den Gebäudebestand, die Brücken, die Straßen und die Grünflächen reichen nicht, um den Status Quo zu erhalten.
- zu guter Letzt sind die Kosten eines weiteren Dezernenten nicht eingerechnet worden.

Wir Liberale sehen angesichts der zu erwartenden erheblichen Mehrkosten für ein fünftes Dezernat nicht nur die Sparziele der Verwaltung in Gefahr. Auch der erst kürzlich vorgelegte Haushaltsentwurf ist damit bereits schon veraltet. Wie Sie ja alle zur Kenntnis genommen haben, beraten wir in diesem Jahr erstmals einen städtischen Haushaltsplan, der nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht aufgestellt wurde. In einem Kraftakt haben sich dutzende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung an die Arbeit gemacht, um uns dieses Erstlingswerk vorlegen zu können. Mit dem Antrag auf eine Erweiterung der Bürgermeisterposten muss der komplette Haushalt im nächsten Jahr aber auf den Kopf gestellt werden, um die neue Aufgabenverteilung der Dezernenten zu berücksichtigen. Eigentlich wollte ich an dieser Stelle dem Leiter der Kämmerei, Herrn Markus Manhart, stellvertretend für alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlich für die fleißige Arbeit danken. Aufgrund der Sachlage muss ich allerdings meinen Trost aussprechen, denn ab nächstem Jahr geht die Arbeit gleich wieder von vorne los!

Ich danke Ihnen, Herr Manhart, und ihrem Team trotzdem. Sie alle haben in mühevoller Kleinarbeit versucht, uns das neue Haushaltssystem näher zu bringen. Wir können zwar die so oft gelobte neue Transparenz und Übersichtlichkeit nicht an allen Stellen teilen. Auch können wir zahlreiche Managementziele der einzelnen Fachbereiche nicht nachvollziehen und können diesen daher nicht einfach zustimmen. Trotzdem danke ich Ihnen und allen Mitwirkenden für die harte Arbeit, die hinter der Entwicklung dieser Systematik steckt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stichwortverzeichnis

Arbeitslosigkeit 3, 4, 19
Arbeitsplätze 5, 15, 20, 29
Ausbildungsoffensive 8
Bildungs- und Teilhabepaket 16, 17, 32
Bildungsbericht 11, 12
Bildungsgerechtigkeit 11, 12, 14, 15
Bundesgartenschau 29
Bundesregierung 11, 16
Deutscher Katholikentag 24
Eurobonds 7
Existenzgründerzentren 18
Fachkräfte 8, 10, 15, 16
Freie Szene 26, 27
frühkindliche Bildung
fünftes Dezernat 9, 33
Ganztagsschule 14, 15
Gemeindefinanzen 7
Gemeinschaftsschule 13, 14
Gewerbsteuer 4, 5, 7, 20
Grunderwerbsteuer 5, 6, 29
Grundsicherung im Alter 7, 8
Grundsteuer 4
Hafen 21, 22
Handel 21, 22, 30
Haushaltsstrukturprogramm 3, 32
Hort 14, 15
IHK Rhein-Neckar 10
Industrie 20, 21, 22, 29
Infrastruktur 21, 22, 30
IGMH 13
Internationales Deutsches Turnfest 24
Jobcenter Mannheim 19
Kinderförderungsgesetz 8
kommunale Entschuldungsfonds 4, 23
kommunale Selbstverwaltung 4
Kommunaler Ordnungsdienst 9
Konnexität 8
Konversion 28, 29
KREATECH-Programm 5, 17
Kreativwirtschaft 17, 18, 19, 21
Krippenausbauprogramm 10, 15
Kulturhauptstadt 24, 25, 26
Kulturhaus Käfertal 27
Kunsthalle 25, 27
Mieterprivatisierung 23
Musikpark 18
Nationaltheater 26
Neue wirtschaftspolitische Strategie 19, 20, 21

Oststadttheater 27
Planken 21, 30
Privatisierung 23
Radverkehr 30
Reiss-Engelhorn-Museen 25, 26
Rheinquerung 21
Schulden 2, 3, 4, 23, 30, 31, 32
Schulkindbetreuung 14, 15, 16
Spielautomaten 5
Stadtbücherei
Tagesmütter 11
Theater der Welt 24
Wirtschaftsförderung 5, 20
Zinslast 23

Es gilt das gesprochene Wort.

Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Herausgeber:

FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Mannheim

Rathaus in E 5

68159 Mannheim

Tel.: +49 621 293-9405

Fax: +49 621 293-9536

Internet: fraktion@fdp-mannheim.de

Email: www.fdp-mannheim.de

Bildquellenangabe: Fotolia